

Perspektiven der FTT nach dem G20 Gipfel in Cannes

Nach dem G20-Gipfel in Cannes beginnt eine neue Etappe in der Auseinandersetzung um die FTT.

Das Gipfelergebnis von Cannes ist auch in Sachen FTT enttäuschend. Trotz starken Engagements Frankreichs – unterstützt von der Bundesregierung - ist klar geworden, dass mit dem Entwurf einer EU-Direktive der Prozess in Europa am avanciertesten und ein Erfolg am ehesten möglich ist.

Allerdings sind auch hier heftige Auseinandersetzungen im Gange. Großbritannien stemmt sich auch in der EU geradezu aggressiv gegen eine FTT und einige andere Länder, z.B. Schweden, die Tschechische Republik und Lettland schließen sich dieser Linie an.

Es wird daher immer wahrscheinlicher, dass die FTT wohl zunächst nur als Projekt der Euro-Zone vorankommen könnte, da hier mit Frankreich, Deutschland, Belgien, Finnland, Griechenland, Luxemburg, Österreich, Spanien und der Slowakei als Unterstützern die Kräfteverhältnisse günstiger sind. Wenn die Eurozone als Vorreiter die FTT einführt, kann sie eine Dynamik losstreiten, der dann andere sich später anschließen.

FTT in G20 vorerst nicht durchsetzbar

Auf dem Gipfel wurde sehr deutlich, dass die FTT in der G20 vorerst nicht durchsetzbar ist. Sarkozy sagte in seiner abschließenden Pressekonferenz selbst: *„Es ist unnötig zu sagen, dass es keinen Konsens gab, einige Länder sind stark dagegen.“*

Der deutsche Sherpa, Asmussen, hatte in einem Gespräch mit NGOs bereits vor dem Gipfel gesagt, dass der Widerstand gegen die Steuer sich im Vergleich zum Gipfel in Montreal 2010 sogar verhärtet habe. Neben den USA, Großbritannien, Australien und Kanada hatten sich auch Schwellenländer, darunter Indien, die Türkei und Mexiko gegen die FTT ausgesprochen. Mexiko wird den nächsten Gipfel 2012 ausrichten, sodass es schwer werden wird, das Thema auf der Tagesordnung zu halten.

An dieser Situation konnte auch der Report von Bill Gates nichts ändern. Dieser hatte die FTT als eines von mehreren Instrumenten innovativer Entwicklungsfinanzierung befürwortet.

Koalition der Willigen – allenfalls ein langfristiges Projekt

Wegen der Blockade in der G20 hatten sich einige NGOs, vor allem aus Großbritannien und Frankreich, dafür stark gemacht, eine *Koalition der Willigen* zu erreichen, d.h. neben den europäischen Befürwortern sollte eine kritische Masse von wichtigen Schwellenländern für die FTT gewonnen werden. Insbesondere Brasilien, Südafrika und Indien galten dafür als Kandidaten.

Tatsächlich scheint sich lediglich bei Brasilien und Argentinien etwas bewegt zu haben, während Indien sogar explizit Gegner der FTT ist. Sarkozy hat in seiner Abschlusskonferenz gesagt: *„Wir haben mit großer Genugtuung die Erklärungen der brasilianischen und der argentinischen Präsidentin zur Kenntnis genommen, wonach sie keine prinzipiellen Einwände gegen die Steuer hätten und offen dafür seien. Wir werden daher die Kontakte fortsetzen, um eine Gruppe von Vorreiter-Ländern zu bilden.“*

Südafrika erwähnte er nicht. Dennoch kursiert in der NGO-Community die Auffassung, auch Südafrika sei Teil der *Koalition der Willigen*. Vermutlich sind bei einigen NGOs die Hoffnungen bereits für Realität gehalten worden. Denn es wäre sehr merkwürdig, wenn Sarkozy, der hoch motiviert ist, seine Erfolge zu präsentieren, Südafrika in seiner Bilanz einfach vergessen hätte.

Wenn man dann noch seine vorsichtige Formulierung in Betracht zieht, Brasilien und Argentinien hätten *„keine prinzipiellen Einwände“* und wenn als praktische Perspektive eine Arbeitsgruppe genannt wird, dann ist das eher eine Koalition à la *„halb zog es sie, halb sank sie hin“* statt einer Koalition von Willigen.

Das ist auch nicht überraschend. Für die beiden Länder haben weder die Regulierung der Finanzmärkte noch Entwicklungsfinanzierung eine hohe Priorität. Daher haben sie bei einem Thema, das so stark umstritten ist, kein Interesse daran, sich allzu sehr aus dem Fenster hängen.

Auch wenn es sinnvoll ist, das Konzept der *Koalition der Willigen* weiter zu verfolgen, erweist es sich nur als langfristige Perspektive. Vor allem sollte es nicht alternativ oder gar im Gegensatz zum Prozess in Europa gesehen werden, wo die Dinge sich schon weiter entwickelt haben.

Wie geht es weiter?

Angesichts des massiven Widerstands Großbritanniens ist vorerst nicht mit einer FTT auf Ebene der EU-27 zu rechnen. Das ist übrigens eine Indiz dafür, dass die Steuer regulatorischen Effekt hat. Die Londoner City, insbesondere Hedge Funds und High-Frequency-Spekulanten würden ja in der Tat zu den Verlierern gehören. Sie haben ihre Regierung daher dazu vergattert, eine europäische FTT zu blockieren.

Daher sollten wir uns jetzt auf eine Lösung in der Euro-Zone einstellen.

Dabei sind folgende Probleme zu beachten:

- die EU-Kommission wird angesichts der Uneinigkeit in der EU-27 ihre üblichen Verfahren anwenden: Arbeitsgruppe, weitere Studien, mühsame Suche nach Kompromissen. Darüber können noch einige Finanzkrisen ins Land gehen und irgendwann versandet die Sache entweder oder endet in einem bis zur Bedeutungslosigkeit verwässerten Kompromiss. Es sei denn, die Verschärfung der Krise führt zu überraschenden Wendungen. Aber darauf kann man keine Strategie bauen;
- es müssen gezielt noch einige Wackelkandidaten in der Euro-Zone, insbesondere Italien und Irland ins Boot geholt werden;
- bei der Ausgestaltung der Steuer müssen wir uns für maximalen Effekt – sowohl regulatorisch als auch in puncto Steueraufkommen – einsetzen. Denn die FTT kann nur dann Dynamik entfalten und Zögerliche überzeugen, wenn sie ein Erfolg wird;
- bei einer Konzentration auf die Euro-Zone kann es auch zu Differenzierungen in der zivilgesellschaftlichen Kampagne kommen. Vor allem die starke britische Bewegung könnte es mit einem Motivationsverlust zu tun bekommen. Es müssen daher Wege gefunden werden, die bisher sehr gute Zusammenarbeit und die Motivation aufrechtzuerhalten;

Aus all diesen Gründen ist jetzt eine gründliche Strategiediskussion nötig - international, europäisch und in Deutschland – um die bisherigen Fortschritte zu einem endgültigen Erfolg zu führen.